

Sie gaukeln den Hochschulen etwas vor. Deswegen ist Ihr Gesetz zurückzuziehen und nicht verantwortungsvoll. Ich bitte Sie, die Verantwortung im Sinne der Menschen zu übernehmen und nicht einfach irgendeine Politik zu machen, die Sie in Ihr ideologisches Wahlprogramm geschrieben haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Es steht auch gar keine Zeit mehr zur Verfügung, sich zu Wort zu melden.

Deshalb kommen wir zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der FDP hat direkte Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 15/1199 beantragt. Wer stimmt dem Antrag zu? – CDU und FDP.

(Zurufe von der SPD: Nein! – Heike Gebhard [SPD]: Nur zur Hälfte! – Weitere Zurufe)

– Ach, zur Geschäftsordnung?

(Zuruf: Wir sind in der Abstimmung! – Gegenruf: Nein!)

– Ich hatte angenommen, dass wir schon abstimmen. Deswegen würde ich eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung ungern zulassen, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir sind in der Abstimmung!)

– Kolleginnen und Kollegen, Entschuldigung. Ich habe es gerade gesagt: Wir befinden uns in der Abstimmung. Ich werde den Geschäftsordnungsantrag jetzt nicht mehr zulassen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Richtig!)

Jetzt stimmen wir ab, so wie ich es eben gesagt habe.

(Beifall von der LINKEN – Armin Laschet [CDU]: Wir haben getrennte Abstimmung beantragt!)

– Es tut mir leid, das ist hier oben nicht bekannt. Deshalb müssen wir so abstimmen, wie es hier oben angesagt ist. Hier ist der **Antrag** mit der **Drucksache 15/1199** zur Abstimmung gestellt. Ich kann leider nicht anders verfahren, ich habe keine anderen Hinweise, und wir waren in der Abstimmung.

Ich frage noch einmal: Wer stimmt dem Antrag so zu? – Die FDP. Wer stimmt gegen den Antrag? – Linke, SPD und Grüne. Wer enthält sich der Stimme? – Die CDU enthält sich der Stimme. Damit ist der Antrag mit der Mehrheit, die hier zustande gekommen ist, bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

## 9 Die politische Bildung in nordrhein-westfälischen Schulen stärken – Schülerinnen und Schüler noch stärker über die Gefahren für die Demokratie durch Rechts- und Linksextremismus aufklären

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/856

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP Frau Kollegin Pieper-von Heiden das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Darf ich um ein bisschen mehr Ruhe bitten, Kolleginnen und Kollegen? Sie können den Saal leise verlassen. Die Rednerin ist bereits am Pult. Wir wollen in der Debatte fortfahren. Frau Pieper-von Heiden, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Ingrid Pieper-von Heiden (FDP):** Danke schön. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der deutschen Geschichte haben gleich zwei Regime geherrscht, zu deren Ideologie ein totalitärer Herrschaftsanspruch zählte.

(Unruhe)

In der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zur Befreiung von Auschwitz in der letzten Woche sprach mit dem Sinto Zoni Weisz ein Holocaust-Überlebender. Er beklagte, dass das Leid und die Opfer dieser ethnischen Gruppe vielen Menschen nahezu unbekannt seien und dass Sinti und Roma nach wie vor Diskriminierungen unterliegen.

Der deutsche Nationalsozialismus hat die Welt in den Zweiten Weltkrieg gestürzt und in der Geschichte niemals dagewesene Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Millionen Menschen wurden zu unwerthem Leben erklärt und in einem in der Menschheitsgeschichte einmaligen industriell organisierten Massenmord umgebracht. Die Opfer haben ein Anrecht darauf, dass wir die Erinnerung an das Leid wachhalten, vor allem aber auch an die jüngeren Generationen weitertragen.

Wir leben in einer Zeit, in der die Zahl der überlebenden Zeitzeugen immer geringer wird. Gerade deshalb kommt den Schulen eine herausragende Rolle für die Aufklärung über den Rechtsextremismus und dessen menschenfeindliche Ideologie zu.

(Anhaltende Unruhe)

– Was die Grünen daran so lachhaft finden, kann ich nicht verstehen.

Das Wirken von Schulen, Medien, der Politik, privaten Initiativen und das vielfältige Engagement einzelner Menschen leisten seit Jahrzehnten einen unverzichtbaren Beitrag, damit jungen Menschen die Verantwortung für die Geschichte, aber auch das

Rüstzeug zum Erkennen rechtsextremistischer Denk- und Handlungsweisen aufgezeigt wird. Wir müssen die Kinder und Jugendlichen konsequent sensibilisieren

Wie allgegenwärtig rechtsextremistische Gewalt und Ideologien sind, zeigt nicht nur die bedrückend hohe Zahl von Straftaten mit rechtsextremem und antisemitischem Hintergrund. Das zeigen Versuche der Beeinflussung von Schülern durch Hetzpropaganda, aber auch subtilere Versuche der Indoktrinierung. Rechtsextreme Gruppierungen versuchen gegenwärtig, ihre Strukturen zu schaffen.

Die öffentlichen Diskussionen des letzten Jahres zur Einwanderung haben auch verdeutlicht, dass allgemeine abwertende, sogar biologistische Zuschreibungen für ethnische und religiöse Gruppen nach wie vor im Denken präsent sind und sogar auf hohe Zustimmung stoßen können.

Meine Damen und Herren, in der letzten Woche hat der Bundestag mit Roland Jahn einen Verfolgten des SED-Regimes zum zukünftigen Beauftragten für die Stasi-Unterlagen gewählt. Auch das sollte uns Anlass bieten, die Aufklärung über den Linksextremismus zu verstärken.

Die DDR ist dem Nationalsozialismus nicht gleichzusetzen. Beide Ideologien verbindet jedoch das Ziel eines totalitären Systems, das das gesamte Individuum beherrschen soll und Gruppen der Gesellschaft zu Staatsfeinden erklärt. Die DDR war ein Unrechtsstaat, in dem getötet, gefoltert und massenweise überwacht wurde.

Schüler haben, wie Befragungen zeigen, über die DDR oftmals nur rudimentäre Kenntnisse. Schüler aus Nordrhein-Westfalen beklagen, dass sie zu wenig über die DDR lernen. Untersuchungen zeigen, dass Schüler zu Fehleinschätzungen der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der DDR gelangen.

Daher müssen wir das Wissen der Schüler über Verbrechen des Kommunismus verstärken. Kommunismus ist ebenso wie Faschismus und Nationalsozialismus eine totalitäre Ideologie, auch wenn sie sich als Fortschrittsideologie tarnt.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Die Gleichsetzung ist falsch! Das ist ahistorisch!)

Nicht umsonst hieß der Eingangsspruch in Solowki, einem der ersten Gulags: Mit eiserner Hand jagen wir die Menschheit zum Glück.

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren versuchen sich Linksextremisten wiederholt an der gezielten Verharmlosung des Unrechtscharakters der DDR und der kommunistischen Ideologie. Dass dieser weltweit Millionen von Menschen zum Opfer gefallen sind, wird ignoriert. So werden dann die Opfer eines menschenrechtsverachtenden Systems zu Kollateralschäden eines progressiven Traums.

Gesine Löttsch hat in einem Artikel der „Jungen Welt“ dieses Denken der ewig Gestrigen noch einmal offenbart – Zitat –:

„Wie viele Wege haben die Linken gefunden, die nicht funktionierten? Waren es 100 oder 1.000? Es waren bestimmt nicht 10.000! Das ist genau das Problem!“

Laut Presse hat sich der Vorstand der Linken in Nordrhein-Westfalen mit großer Mehrheit hinter diesen Artikel gestellt.

Wir müssen weiterhin einen Beitrag leisten, um Schüler über den Rechts- und Linksextremismus aufzuklären. Die Handlungsempfehlungen der KMK zur Demokratieerziehung beinhalten wichtige Maßnahmen zur Aufklärung und für den Kampf gegen den Extremismus.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Zimmerkeit?

**Ingrid Pieper-von Heiden (FDP):** Ich möchte bitte fortfahren.

Dass das Ministerium für Schule und Weiterbildung zum Beispiel in der Januarausgabe von „Schule NRW“ auf die Möglichkeit von Zeitzeugengesprächen zur DDR für Schulen hingewiesen hat, möchte ich hier ausdrücklich lobend erwähnen.

Die FDP lädt alle demokratischen Fraktionen in diesem Parlament ein, gemeinsam unsere Verantwortung wahrzunehmen, unsere Kinder und Jugendlichen vor extremistischen Bauernfängern zu schützen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper-von Heiden. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Wiedon.

**Stefan Wiedon (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der FDP-Fraktion spricht wichtige Punkte an: Die politische Bildung stärken und über die Gefahren von Rechts- und Linksextremismus aufklären.

Gute Bildung stellt den ganzen Menschen in den Mittelpunkt. Diese Erkenntnisse finden wir bei Humboldt, bei Kant, bei Goethe und bei Pestalozzi. Der Blick auf das Individuum muss auch heute unser Ausgangspunkt sein. Gute Bildung geht nicht in erster Linie von gesellschaftlichen Bedürfnissen oder von den Anforderungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes aus. Der Weg zu guter Bildung sollte allen offenstehen: dem Hauptschüler genauso wie dem Abiturienten, den Jugendlichen genauso wie

den Rentnern. Jeder kann etwas, und jeder braucht eine Chance, sich durch Bildung weiterzuentwickeln und mehr aus dem eigenen Leben zu machen.

Bildung bedeutet nicht nur Wissen und Qualifikation, sondern auch Orientierung und Urteilskraft. Bildung gibt uns einen inneren Kompass. Sie befähigt uns, zwischen wichtig und unwichtig, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden.

Übrigens ist Demokratie auch auf Bildung angewiesen. Unsere freiheitliche Gesellschaft lebt davon, dass mündige Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für sich und das Gemeinwohl übernehmen. Eine Diktatur kann sich ungebildete Menschen leisten – nein, sie wünscht sie sich sogar. Eine Demokratie dagegen braucht wache und interessierte Bürger, die Ideen entwickeln und Fragen stellen. Wo die Staatsgewalt vom Volk ausgeht, kann es nicht gleichgültig sein, in welcher geistigen Verfassung sich das Volk befindet. Wer Populisten, Extremisten und religiösen Fanatikern widerstehen soll, braucht dafür Bildung.

Hier wird meiner Meinung nach im vorliegenden Antrag der richtige Punkt angesprochen. Wir müssen mehr politische Bildung in die Schulen bringen, damit Populisten, Extremisten und religiöse Fanatiker keinen Nährboden finden. Wir müssen den Schülerinnen und Schülern deutlich machen, dass Rechts- und Linksextremismus gleichermaßen gefährlich sind und dass Gewalt, egal von welcher politischen Seite sie motiviert ist, bekämpft werden muss.

Wenn wir heute auf den Straßen Jugendliche ansprechen und nach politischen Personen oder geschichtlichen Ereignissen fragen, so sind die Ergebnisse häufig erschreckend, ohne dass die heutigen Schüler dümmer wären. Das zeigt doch, dass wir bei der Vermittlung von Bildung Fehler machen.

Politische Bildung gibt es in Europa seit dem 5. Jahrhundert vor Christus.

(Lachen von Gunhild Böth [LINKE])

Dies belegen Schriften von Aristoteles und Cicero. Wie viele Schüler kennen heute noch diese Namen?

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Fragen nach der Geschichte der DDR. Bei einer „Spiegel“-Umfrage zur deutschen Geschichte gaben 30 % der befragten Schüler an, dass Willy Brandt und Konrad Adenauer Politiker der DDR gewesen seien. Über 25 % kannten Helmut Schmidt und Ludwig Erhard überhaupt nicht. Weitere 25 % gaben an, die DDR sei keine Diktatur gewesen – darunter wahrscheinlich meistens diejenigen, die die Linke wählen.

(Zurufe von der LINKEN: Na, na, na!)

Aufgrund dieser für mich erschreckenden Aussagen wäre es sinnvoll, zu prüfen, wie Geschichte und Politik den Schülern besser vermittelt werden können.

Bei den Inhalten müssen wir genauer hinsehen. Zum Beispiel gehörten bei Schülerwettbewerben

zur politischen Bildung so wichtige Themen wie „Traumfabrik Castingshow?“ und „Regenbogenland Südafrika“ zu den Schwerpunkten. Ich frage mich, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, einmal Personen aus den Gründerjahren der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945 und 1949 oder dem Kalten Krieg als Schwerpunktthema zu nehmen.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Mit Ihnen als Referent!)

Neben der Stärkung der politischen Bildung müssen wir aber auch über die Gefahren von Rechts- und Linksextremismus aufklären. Die Zahlen des vergangenen Jahres belegen, dass wir nicht nur auf Gewalttäter auf der rechten Seite achten müssen, sondern auch linke Gewalttäter beobachten müssen.

Wie das Bundesministerium des Innern 2010 darlegte, ist politisch motivierte Kriminalität im rechten Lager seit 2006 stabil bis rückläufig. Dabei fallen rechte Gewalttäter hauptsächlich durch Vandalismus und Sachbeschädigung auf,

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Sie vergessen die drei toten Polizisten in Dortmund, die von Neonazis umgebracht worden sind!)

während linken Gewalttätern neben Vandalismus besonders körperliche Angriffe zur Last gelegt werden.

Linksextreme Gewalttaten sind 2009 um 56,3 % gestiegen. Woran könnte das liegen? Eine Art Verharmlosung linker Gewalt durch Medien und Politik sowie eine fehlende oder lückenhafte politische Bildung könnten Erklärungsansätze sein. Wer in Medien die Berichterstattung über linke Gewalt verfolgt, gewinnt teilweise den Eindruck, sie hätte eine moralische Rechtfertigung – eine Form verklärter Robin-Hood-Mentalität.

Aufgrund unserer deutschen Geschichte werden rechts motivierte Straftaten immer noch als gefährlicher dargestellt als links motivierte Gewalt. Das kann meines Erachtens nicht richtig sein. Gewalt ist falsch, egal von welcher Seite sie begangen wird.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Das stimmt! – Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Völlig okay!)

Es darf keine gute und schlechte Gewalt geben.

(Beifall von der FDP)

Dazu gehört aber auch, die Morde an der innerdeutschen Grenze nicht zu verharmlosen. Wer die Tötung von Menschen durch eine kommunistische Diktatur verharmlost oder gar leugnet, gibt linken Gewalttätern freie Fahrt.

(Beifall von der FDP)

Hier muss man ganz deutlich sagen, dass wir in Nordrhein-Westfalen auch mit keinem guten Bei-

spiel vorangehen. Hannelore Kraft wäre nicht Ministerpräsidentin geworden ohne die Unterstützung der Linken,

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Ohne die Linke gäbe es auch keinen Landtagspräsidenten! Bleiben Sie also bitte bei der Wahrheit!)

in deren Reihen heute noch behauptet wird, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen. Das ist häufig schwer vermittelbar.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Herr Uhlenberg ist auch von uns gewählt worden!)

Extremismus und Gewalt an beiden äußeren Rändern des politischen Spektrums dürfen kein Grund zur Beruhigung sein. Sie sind ein Grund zur doppelten Beunruhigung und eine doppelte Herausforderung für unsere wehrhafte Demokratie.

Deshalb sagen wir als NRW-CDU Ja zu einem entschlossenen Kampf gegen jede Form von Intoleranz, Hass und Gewalt – ganz gleich, aus welcher politischen Ecke sie kommt.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Sie bekämpfen sich selber?)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Bolte?

**Stefan Wiedon** (CDU): Nein. – Ich möchte mit einem Zitat des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler schließen:

„Die Ächtung von Gewalt und die Vermittlung von gegenseitiger Achtung auf der Basis grundlegender Werte ist indes nicht nur ein Thema für die Schule, sondern für die gesamte Gesellschaft.“

Der Überweisung in den zuständigen Ausschuss werden wir selbstverständlich zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Wiedon. – Für die SPD-Fraktion hat nun Kollege Ott das Wort.

**Jochen Ott** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe FDP, der Antrag ist eine fortgesetzte Unverschämtheit – Lyrik ohne Fundament, gerade in diesem Haus –,

(Ralf Witzel [FDP]: Bitte? Was?)

und zwar aus folgendem Grund – wir haben in der letzten Periode hier schon darüber gesprochen –: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist seit über 150 Jahren eine demokratische Partei, deren Mitglieder unter Monarchisten, Nationalisten und

Militaristen, unter Faschisten und Kommunisten in Gefängnissen gesessen haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Wer bestreitet das denn?)

Wenn Sie hier versuchen, uns eine Geschichtsstunde zu erteilen, ist das einfach eine Unverschämtheit.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wir als Sozialdemokraten sind stolz auf die Geschichte unserer Partei. Wir sind stolz darauf, dass unabhängig von Wahlergebnissen und unabhängig von geschichtlichen Begebenheiten die Sozialdemokraten gestanden haben. Deshalb haben Sie uns nichts zu der Frage zu sagen, wie man ein anständiger Demokrat ist.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Sie sind aber schlecht drauf!)

Während wir, die Sozialdemokraten, unter anderem mit Otto Wels an der Spitze gegen das Ermächtigungsgesetz angetreten sind, haben andere sich anders verhalten.

Weil Lesen manchmal bildet, habe ich extra ein Geschichtsbuch aus der Schule mitgebracht, das im Klett Verlag erschienen ist. Mit Genehmigung des Präsidenten darf ich aus diesem Geschichtsbuch für die Klasse 10 eine interessante Quelle zitieren. In seinem Plädoyer als Staatsanwalt hat Hans Ehard am 21. März 1924 im Hochverratsprozess gegen Adolf Hitler Folgendes gesagt:

Über seine Parteipolitik – die von Adolf Hitler – habe ich kein Urteil zu fällen. Ein ehrliches Streben aber, in einem unterdrückten und entwaffneten Volke den Glauben an die deutsche Sache wiederzuerwecken, bleibt sein Verdienst.

Er führt dann weiter aus, welch toller Gesinnung dieser Mann war. – Dieser Staatsanwalt war später – 1946 bis 1954 und 1960 bis 1962 – Ministerpräsident von Bayern.

(Zurufe von der SPD und von der LINKEN: Hört, hört!)

Verehrte Damen und Herren, das ist ein Stück Wahrheit, auf die man stößt, wenn man sich die Geschichte unseres Landes anguckt. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg haben viele, die dem Faschismus sehr positiv gegenübergestanden haben, gerade aus den sogenannten bürgerlichen Parteien, in dieser Republik Karriere gemacht.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wenn wir uns dann die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik anschauen, stellen wir fest, dass über 500.000 Mitglieder in den Ostparteien von CDU und FDP waren, die als Blockflöten

über viele Jahre mitgespielt und mit entschieden haben.

(Beifall von der LINKEN)

Interessanterweise hat nach den Jahren 1989/90 die FDP ihre Mitgliederzahl verdreifacht. Die CDU hat die Mitglieder übernommen. Das Parteivermögen haben sie ebenfalls einbezogen.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Das ist Ihre Art Aufarbeitung der Geschichte.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Verehrte Damen und Herren, es geht um die Frage, wie hier ehrlich mit Geschichte umgegangen wird. Es ist in den letzten 150 Jahren immer die Sozialdemokratie gewesen, die sich Diktaturen und undemokratischem Verhalten entgegengestellt hat.

Aber gleichzeitig weise ich darauf hin, dass auch in der Gegenwart insbesondere auch einige Parlamentarier aus diesem Raum in Kreistagen mit Rechtsradikalen abgestimmt haben. Beispielsweise im Erftkreis bei der Frage der Optionskommune haben Sie sehr dankend auf die Stimmen von „pro NRW“ zurückgegriffen, um dort eine Entscheidung durchzusetzen. Das sind die Realitäten.

Dann eine solche Diskussion und eine solche Belehrung abzuhalten, halten wir schlichtweg für falsch.

Im Übrigen möchte ich deutlich machen, dass uns die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus zu nichts führt.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Faschismus ist als Idee ein Verbrechen. Der Kommunismus war eine Utopie ähnlich wie die Utopie der Urkatholiken, des Urchristentums. Es hat sich gezeigt, dass der Versuch, es umzusetzen, immer nur verbrecherisch gelungen ist.

Deshalb, verehrte Damen und Herren, ist eines ganz wichtig: Man muss sich kritisch mit diesen Diktaturen auseinandersetzen. Eine Gleichsetzung hilft uns nicht weiter.

Wenn wir dann – wie in Ihrem Antrag – mit einem Gesinnungsaufsatz oder in Sonntagsreden die mangelnde Auseinandersetzung der Jugendlichen damit beklagen, dann stellen wir doch auch einmal die Frage: Was haben Sie denn in Ihrer Bildungspolitik getan, um dafür zu sorgen, dass sich die Jugendlichen mehr mit politischer Bildung auseinandersetzen?

Sie haben G8 eingeführt, die Schulzeit verkürzt und gleichzeitig dafür gesorgt, dass Deutsch, Englisch, Mathe und die erste Fremdsprache natürlich von besonderer Bedeutung sind. Sie haben aber nicht die Lehrpläne des Geschichtsunterrichts und des SoWi-Unterrichts angepasst, sondern im Gegenteil:

Im Geschichtsunterricht musste sozusagen dasselbe Spektrum unterrichtet werden, wie es bei G9 auch der Fall gewesen ist, was kaum zu schaffen ist.

Sie haben dafür gesorgt, dass viele Kolleginnen und Kollegen an den Wettbewerben eben gar nicht mehr teilnehmen, weil sie so belastet sind, dass sie gar nicht die Muße haben, sich darüber hinaus damit zu beschäftigen.

Sie haben dafür gesorgt, dass an den Schulen ein Klima entstanden ist, dass vor Klassenfahrten nach Berlin gefragt wird: Was fällt dann für Unterricht aus? Welche klausurrelevanten Fächer sind denn betroffen? -Das Ergebnis ist, dass Fahrten zum Deutschen Bundestag zurückgegangen sind und zumindest bei denen, die sie organisieren, schwieriger durchzusetzen sind.

(Ralf Witzel [FDP]: 98 % der Schulen haben sich doch für G8 entschieden!)

Ähnliches gilt für Fahrten nach Düsseldorf. Viele Lehrer haben Sie mit Ihrer Schulpolitik frustriert.

Wenn ich daran erinnern darf: Die Redensart, dass Sozialwissenschaften und andere Fächer im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich Laberfächer sind, ist nun wirklich keine Erfindung der Sozialdemokratie, sondern von anderen in diesem Hause.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Verehrte Damen und Herren, last but not least haben Sie die demokratische Beteiligung der Schülerinnen und Schüler abgeschafft, anstatt mit den Jugendlichen vor Ort zu üben. Zum Beispiel haben Sie die Drittelparität abgeschafft

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

und den Jugendlichen damit die aktive politische Beteiligung genommen.

Verehrte Damen und Herren, für die Sozialdemokraten steht fest: Der Kampf gegen Extremisten und gegen Undemokraten wird auch in den nächsten 150 Jahren unserer Geschichte ein Hauptbestandteil unserer Arbeit sein. Wir stehen zu dieser demokratischen Tradition. Wir stehen dazu, Schule zu demokratisieren, politische Bildung zu stärken und dafür zu sorgen, dass unsere Jugendlichen wirklich ernst genommen werden. Aber dann lassen Sie in Ihrer Schulpolitik Taten folgen und schreiben nicht einfach nur Gesinnungsaufsätze und Sonntagsreden. – Danke.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Ott. – Für die grüne Fraktion hat Frau Kollegin Schäffer das Wort.

**Verena Schäffer** (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Pieper-von Heiden, ich bin schon sehr darüber erstaunt, welches eingeschränkte Bild Sie von politischer Bildung haben, deren Vermittlung uns als Abgeordneten hoffentlich allen sehr wichtig ist. In Ihrem Antrag findet sich leider recht wenig zur Vermittlung und Umsetzung von Demokratieerziehung. Auch die Erziehung zur Mündigkeit als Voraussetzung von Partizipation an demokratischen Prozessen nimmt wenig Raum in Ihrem Antrag ein. Die Aufgaben und die Ziele der politischen Bildung sind nicht die Arbeit gegen Extremismus, wie Sie in Ihrem Antrag schreiben, sondern das Ziel ist es doch, Demokratiebewusstsein zu schaffen.

Dazu gehört, dass das Interesse am politischen Geschehen geweckt wird. Dazu gehört, dass Voraussetzungen für eine eigene Urteilsfähigkeit geschaffen werden. Dazu gehört die Identifizierung mit demokratischen Werten. Dazu gehört auch, den Blick dafür zu schärfen, dass eine pluralistische Gesellschaft nur ohne Ausgrenzung funktionieren kann.

Zweifelsohne ist das Wissen über deutsche Geschichte, das Wissen über die Zeit des Nationalsozialismus ebenso wie das Wissen über das Unrechtsregime der DDR wichtig, auch um unsere demokratischen Werte anerkennen und wertschätzen zu können.

Wir stehen zu der Verantwortung, die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus im kollektiven Gedächtnis wachzuhalten. Wir wollen deshalb die Erinnerungsarbeit an die Shoah in den Schulen, an außerschulischen Lernorten und in der Erwachsenenbildung verankern und fördern.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Im Gegensatz zu der Darstellung in Ihrem Antrag findet politische Bildung eben nicht nur in der Schule statt, sondern ist ein ganz wesentlicher Bestandteil der Arbeit von Jugendorganisationen, demokratischen Parteien, von offener Jugendarbeit, von den Gewerkschaften, aber auch von den Sportvereinen und den kirchlichen Jugendgruppen.

(Ralf Witzel [FDP]: Ja, sicher!)

Dort, wo ein demokratisches Miteinander und aktive Teilhabe an demokratischen Prozessen ermöglicht und gelebt werden, hat politische Bildungsarbeit ihren Platz.

(Ralf Witzel [FDP]: Wer bestreitet das denn?)

Die Möglichkeit der Anwendung, die Erfahrung und Erlebbarkeit von Teilhabe sind für uns als grüne Fraktion entscheidend. Deshalb haben wir auch hier gemeinsam mit der SPD konkrete Schritte für mehr Demokratie in Nordrhein-Westfalen unternommen. Deshalb haben wir die Drittelparität in den Schulkonferenzen wieder eingeführt. Deshalb werden wir

auch ein Demokratiepaket auf den Weg bringen, das unter anderem die Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre vorsieht. Denn Jugendliche sind nicht so politikverdrossen, wie es immer behauptet wird. Ganz im Gegenteil: Jugendliche wollen mitentscheiden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Aber ich werde bei Ihrem Antrag leider den Eindruck nicht ganz los, als ginge es Ihnen hier gar nicht so sehr um das Thema „politische Bildung“, sondern als ginge es Ihnen vor allen Dingen darum, eine ideologisch aufgeblähte Debatte über die Ausweitung der Programme des Bundes – da hat es angefangen – gegen Rechtsextremismus auf den Bereich Linksextremismus, die derzeit auf Bundesebene tobt, hier in den Landtag von Nordrhein-Westfalen zu tragen.

Ich sage Ihnen auch meine Meinung dazu: Ich halte es für falsch und auch den Realitäten nicht angemessen, wenn man Links- und Rechtsextremismus hier in einem Atemzug nennt, so wie Sie es in Ihrem Antrag machen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Genauso falsch ist es, den Trägern von Projekten gegen Rechtsextremismus abzuverlangen, die Treue zum Grundgesetz externer Referentinnen und Referenten sowie Partnerorganisationen zu überprüfen, wie es derzeit die Bundesfamilienministerin mit ihrer Extremismusklausel vorsieht. Damit bringt Frau Schröder den zivilgesellschaftlichen Projekten, die sich seit Jahren für Demokratie engagieren, ein Misstrauen entgegen. Sie stellt sie unter Generalverdacht, was nicht gerade demokratieförderlich ist.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Sie haben den Antrag nicht gelesen!)

Und Frau Schröder verkennt damit auch völlig die Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft, die von rechts kommt.

Seit 1990 sind in Nordrhein-Westfalen über 20 Menschen von Neonazis getötet worden. Politisch links motivierte Tötungsdelikte sind mir für diesen Zeitraum nicht bekannt. Tagtäglich werden in Nordrhein-Westfalen Menschen Opfer von rassistischer Diskriminierung und rechtsextremer Gewalt. Sie müssen sich nur im Raum Dortmund und Aachen umschauen. Dort finden Sie eine gestiegene Gewaltbereitschaft von autonomen Nationalisten und von freien Kameradschaften vor.

(Unruhe)

Und was Sie dabei auch nicht verkennen dürfen, ist, dass Rassismus und Rechtsextremismus keine Randphänomene sind. Vielmehr sind Rassismus, Homophobie, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus

in der Mitte der Gesellschaft verankert, und sie sind auch unabhängig von gesellschaftlicher Schicht, Alter und Geschlecht.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Gerade deshalb sind wir als Demokratinnen und Demokraten, die in dieses Parlament gewählt sind, diejenigen, die dafür sorgen müssen, dass es geeignete Maßnahmen gegen Rechtsextremismus gibt, die so verzahnt werden, damit wir antidemokratischen Tendenzen wirkungsvoll entgegenreten können.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Und gegen Linksextremismus wollen Sie nichts tun?)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Frau Kollegin Böth.

**Gunhild Böth (LINKE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Also, Frau Pieper-von Heiden, wir gehören doch zur gleichen Alterskohorte. Das bedeutet, wir haben auch ...

(Jochen Ott [SPD]: Davon merkt man aber nichts! – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ich bin älter als Sie!)

– Ich sagte: zur gleichen Alterskohorte. Sehen Sie, Sie wissen noch nicht einmal etwas mit dem Begriff anzufangen. Das wird hier immer schlimmer.

(Beifall von der LINKEN – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Das ist ein anderes Jahrzehnt!)

– Im sozialwissenschaftlichen Unterricht hätte man gelernt, was das ist. Darauf wollte ich gerade hinaus.

Wir beide haben so etwas alles nicht gehabt. Wir beide haben einen Geschichtsunterricht gehabt – der war noch in derselben merkwürdigen Qualität –, in dem Faktenhuberei betrieben wurde, in dem wir kein kritisches Quellenstudium betrieben haben und in dem wir uns erst recht nicht eine eigene Meinung bilden sollten. Vielmehr haben wir immer vorgesetzt bekommen, was wir zu denken hatten. Und neben dem, was wir zu denken hatten, gab es nichts anderes.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Das war bei Ihnen so!)

Wir haben ganz viele Jahreszahlen auswendig gelernt. Wir haben ganz viele Einzelpersonen auswendig lernen müssen. Wir mussten lernen, von wann bis wann sie lebten und was sie gemacht haben.

(Jochen Ott [SPD]: Drei, drei, drei!)

– “Drei, drei, drei“ ist so ein nettes Beispiel dafür; das kennt auch jeder.

Also, dieser Antrag und all das, was Sie gesagt haben, entbehren wirklich jeder Kenntnis unseres Geschichtsunterrichts in Nordrhein-Westfalen. Das ist das große Problem an diesem Antrag. Entschuldigung, aber mit Verlaub: Sie haben wirklich keine Ahnung von Geschichtsunterricht.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Was sagte Herr Wiedon vorhin? – Da fängt man bei Adam und Eva an. Also, Sie haben bei Aristoteles angefangen. Es gibt auch welche, die im alten Ägypten anfangen und irgendwann im Heute ankommen wollen. Das ist die Vorstellung von unglaublich konservativen Geschichtsdidaktikern, und ich freue mich, dass wir es vielleicht in diesem Landtag hinkriegen, die Didaktik des Geschichtsunterrichts irgendwann auf einen neuen Stand zu bringen.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Das würde nämlich bedeuten, dass sich Kinder bereits in der Grundschule damit beschäftigen, so nach dem Motto: Wo komme ich eigentlich her? Was mache ich eigentlich heute? Was haben Mama und Papa gemacht, als sie in meinem Alter waren? – Dann können sie es reflektieren.

Das wäre ein sinnvoller Geschichtsunterricht,

(Jochen Ott [SPD]: Ich dachte, das ist Biologie!)

und dann – und das klagen Sie immer ein – wüssten die Kinder zum Beispiel, dass die Frau Ministerpräsidentin bei Enthaltung der Linken gewählt worden ist. Schließlich wollten Sie plötzlich auch, dass das im Geschichtsunterricht behandelt wird.

Ich kann nur sagen. Sie sind auf dem Stand, auf dem wir früher Geschichtsunterricht hatten: Faktenhuberei, Einzelverfahren, Jahreszahlen und möglichst auch noch Abstimmungsergebnisse im Landtag auswendig lernen. So wird einem das Hirn mit all seinen Einzelteilen vernebelt, aber man hat nie gelernt, strukturell zu denken und die Frage zu stellen, wem es eigentlich nützt.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Dann erklären Sie es doch mal!)

Und weil Sie versuchen, uns mit dem Antrag in irgendeiner Art und Weise zu treffen, kann ich nur sagen: Es ist grauenhaft, wie Sie argumentieren. Ich hatte mich auf alles Mögliche hier vorbereitet, aber nicht auf so eine flache Argumentation.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie rühren also alles zusammen. Die DDR ist für Sie plötzlich das Referenzsystem von Linksextremen, Autonomen oder wem auch immer. Diese haben alle möglichen Referenzsysteme, aber ganz bestimmt nicht die DDR. Vielleicht machen Sie sich einfach mal sachkundig.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann muss man auch einmal Folgendes zum Politikunterricht und Sozialwissenschaftsunterricht – der Kollege Ott hat schon darauf hingewiesen – sagen: Entschuldigung, aber mit Verlaub, es war die FDP, die sich dafür starkgemacht hat, dass dieser entpolitisiert worden ist.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich habe bis letzten Mai Politik und Sozialwissenschaften unterrichtet. Wir hatten einmal Zeiten, in denen wir ein Drittel soziologische Themen, ein Drittel politische Themen und ein Drittel ökonomische Themen behandelt haben. In der Zwischenzeit haben wir in der Oberstufe des Gymnasiums nur noch die Ökonomie rauf und runter. Das ist die eigentliche Katastrophe, um die es geht.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: So ist es, Frau Kollegin!)

Stattdessen sollten politische Fragen und Zusammenhänge behandelt werden. Ich denke beispielsweise an das Thema Demokratietheorie oder die Frage, was eigentlich in unserem politischen System passiert. Es geht zum Beispiel darum – und auch das wird im Geschichtsunterricht der Sekundarstufe I diskutiert –, wie es eigentlich vor 1989 gewesen ist. Dazu finden Sie in jedem Geschichtsbuch etwas. Sie müssen nur einmal hineingucken. Es ist doch überhaupt nicht so, als ob das nicht als fester Bestandteil in jedem Unterricht diskutiert und gelehrt würde.

Insofern dient das, was Sie aufgrund Ihrer Unkenntnis hier ausgebreitet haben, einfach nur dem Zweck, irgendwelche Personen oder Parteien zu desavouieren. Die Unkenntnis, die Sie hier ausgepackt haben, ist unermesslich abgrundtief. Ich weiß gar nicht, wie ich das bezeichnen soll.

Und was die Fragen angeht: Das ist ja wie ein schwarzes Loch. Jedes Mal, wenn man fragt, wird das Loch größer.

(Heiterkeit)

Das Problem ist, dass Ihre Argumentation nichts mit der Realität an unseren Schulen zu tun hat.

Frau Pieper-von Heiden, die Klage, dass junge Menschen dies und das nicht wissen, ist so alt, wie es die Schule gibt. Schon die alten Griechen haben sich über ihre Jugendlichen beklagt, dass sie das nicht wussten, was sie selbst wussten. Auch Goe-

the hat sich darüber beklagt, dass die Jugend nichts taugt und nichts weiß. Mit der Art „Ich weiß ein Faktum und will, dass mein Kind dieses Faktum auch weiß“ kämpfen Lehrerinnen und Lehrer an jeder Schule. Papi kommt nämlich am Elternsprechtag an die Schule und sagt: „Wenn ich meinem Kind den Atlas auf die Knie lege und sage: ‚Sag mir mal, wohin ich in Urlaub fahren soll‘, – das ist noch aus Zeiten vor den Navigationsgeräten –, ‚merke ich, dass es sich gar nicht auskennt.‘“ Wenn das Kind dann nicht die Hauptstädte wusste, dann kamen die in die Schule gelaufen und fragten, was die heutzutage im Erdkundeunterricht lernen.

Genau das ist das, was Sie jetzt machen: Warum wissen die nicht, dass die Ministerpräsidentin mit den Stimmen der Linken – das behaupten Sie dann auch noch; das ist falsch – gewählt worden ist? Warum wissen die dieses und jenes nicht? – Warum sollen die das wissen? Das kann man alles nachgucken. Wir haben irgendwann einmal gelernt, dass es um Strukturen, Zusammenhänge und Beurteilungen geht. Genau das wird im Geschichtsunterricht gemacht. Und dabei wollen wir auch bleiben.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Böth. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

**Sylvia Löhrmann,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP greift mit ihrem Antrag ein Thema auf, zu dem die Regierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Koalitionsvertrag klare Aussagen gemacht hat – ich zitiere –:

„Wir werden antidemokratischen Tendenzen in jeglicher Form entschieden entgegentreten.“

(Beifall von der FDP)

Wir als Regierung nehmen diese Aufgabe sehr ernst. Denn ohne das Bewusstsein dafür, dass es unantastbare Rechtsgüter und Grundrechte gibt, ohne die Einsicht, dass mehr notwendig ist als bloß formale, politisch gleichgültige Gesetzestreue, ohne das ist jede Demokratie zum Scheitern verurteilt.

Unsere Schülerinnen und Schüler müssen deshalb wissen, wie Recht und Politik, Recht und Demokratie zusammenhängen und wie empfindlich und verletzlich dieses Verhältnis ist. Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts ist ein bedrückendes Lehrstück dafür. Die Erfahrungen in der Weimarer Republik und vor allem die Erfahrungen in der NS-Diktatur und der Diktatur der SED haben sehr nachdrücklich und schmerzhaft gezeigt, wie schnell man die Demokratie auf scheinbar legalem Wege aushöhlen kann. Diese Erfahrungen haben gezeigt, wie schnell man Recht und Gesetz zum Instrument

der Verfolgung umbiegen kann, wenn die Achtung vor den Grundrechten und dem demokratischen Rechtsstaat fehlt.

Meine Damen und Herren, die Debatte um die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit hat seinerzeit mit vielen Ambitionen begonnen. Dabei hat sicherlich eine wichtige Rolle gespielt, dass das kommunikative Beschweigen der Vergangenheit, wie man es in der alten Bundesrepublik nach 1945 lange geübt hatte, nach 1989 in Bezug auf die SED-Diktatur nicht wieder geschehen sollte. Seither haben sich zwei große parlamentarische Enquetekommissionen mit der Geschichte des SED-Staats befasst. Es gibt viele entsprechende Lehrstühle, Forschungsprogramme und Institutionen, von denen die sogenannte Gauck-Behörde, dann Birthler- und jetzt Jahn-Behörde die wohl prominenteste ist. Das alles ist beeindruckend und möglicherweise sogar einzigartig.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Erfahrungen sind längst wesentlicher Bestandteil der historisch-politischen Bildungsarbeit auch und vor allem in den Schulen unseres Landes. Was Demokratie und Rechtsstaat bedeuten und was sie wert sind, das müssen Schülerinnen und Schüler lernen. Zu diesem Bewusstsein hin muss man Schülerinnen und Schüler auch erziehen. Dies können wir gerade anhand der vielen Beispiele des Unrechts in der deutschen Geschichte tun. Deshalb sehen unsere Lehrpläne vor, dass sich die Schülerinnen und Schüler in der gebotenen Differenziertheit mit der Thematik auseinandersetzen.

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung unterstützt die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer durch Hinweise auf Unterrichtsmaterialien, Unterrichtsprojekte und Wettbewerbe. Wir ermuntern die Schulen des Landes, jedes Jahr am 9. November einen Projekttag durchzuführen, der sich mit diesem Schreckenstag der deutschen Geschichte auseinandersetzt. Wir haben damit einen Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 18. Juni 2009 umgesetzt.

Im Amtsblatt werden immer wieder Hinweise auf Materialien abgedruckt, die den Lehrkräften eine zeitgemäße Behandlung des Themas erleichtern.

Die Landeszentrale für politische Bildung veranstaltet für Jugendliche und pädagogische Fachkräfte die Präventionstage für Demokratie gegen Rechts-Extremismus.

Der Verfassungsschutz führt regelmäßig Fortbildungen für Lehrerkollegien sowie Lehreramtswärtinnen und Lehramtsanwärter durch.

Meine Damen und Herren, ich hoffe wir sind uns einig: Unsere Schulen müssen Sorge dafür tragen, die unserer Verfassung zugrunde liegenden Werteauffassungen an die Schülerinnen und Schüler heranzutragen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Dazu bedurfte es Ihres Antrags, meine Damen und Herren von der FDP, nicht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Vielmehr müssen wir unser Augenmerk darauf richten, dass diese Werte nicht gelernt werden können wie Vokabeln und Formeln. Das ist der entscheidende Punkt. Unsere Schülerinnen und Schüler müssen diese Werte reflexiv prüfen, sich entscheiden und sie sich aneignen. Nur so geht das. Wir in Nordrhein-Westfalen legen bei der Erziehung zur Demokratie großen Wert darauf, dass diese Erziehung zu den Grundwerten der Demokratie ein zweites wesentliches Fundament erhält, auf das Sie in Ihrem Antrag leider nicht weiter eingehen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP: die Schaffung einer Schul- und Lernkultur, in der Demokratie gelernt und gelebt wird. Auch damit setzen wir einen Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 6. März 2009 um. Dort heißt es – ich zitiere –:

„Wir wissen: Demokratie ist nicht selbstverständlich; sie musste in einem langen historischen Prozess errungen werden. Demokratie ist stets aufs Neue Gefahren ausgesetzt. Dies zeigt die deutsche Geschichte mit zwei Diktaturen im 20. Jahrhundert.“

Dort heißt es aber auch:

„Die Schule selbst muss Handlungsfeld gelebter Demokratie sein, in dem die Würde des jeweils Anderen großgeschrieben, Toleranz gegenüber anderen Menschen und Meinungen geübt, für Zivilcourage eingetreten wird, Regeln eingehalten und Konflikte gewaltfrei gelöst werden.“

So weit die Kultusministerkonferenz.

Diesen Ansprüchen gerecht zu werden, unterstützen wir unsere Schulen nach Kräften. Auch die Einführung der Drittelparität – Herr Ott hat darauf hingewiesen – ist dafür ein wichtiges Beispiel. Nur wenn man Demokratie selbst erlebt und praktiziert, weiß man um ihren Wert.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

So wird man gestärkt in der Auseinandersetzung und beim Aushandeln von Kompromissen.

(Ralf Witzel [FDP]: Kopfnoten! – Gegenruf von Jochen Ott [SPD]: Kopfnoten sind extrem demokratisch, Herr Witzel! – Weitere Zurufe)

– Herr Witzel, ich erlaube mir, daran zu erinnern, dass ich es nicht als Beitrag zur demokratischen Bildung empfinde, wenn ein Fraktionsvorsitzender die Debatten und die Auseinandersetzungen in diesem Parlament als „Quasselbude“ bezeichnet hat. Das war kein Geringerer als der ehemalige Fraktionsvorsitzende Möllemann. So weit zu Ihrem An-

spruch und der Wirklichkeit, was Demokratie und Wertschätzung der demokratischen Institutionen angeht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will, weil es wichtig ist, politische Bildung an Projekten deutlich zu machen, mir abschließend erlauben, aus aktuellem Anlass ein Beispiel zu nennen. In Solingen gibt es seit Neuestem ein sehr interessantes Museum, das Zentrum für verfolgte Künste. Dort habe ich die Ehre gehabt, am vergangenen Sonntag die bemerkenswerte Ausstellung „Entdeckte Moderne“ zu eröffnen. Darin sind Werke verfemter Künstlerinnen und Künstler zu sehen: aus der Nazi-Zeit, aber auch aus der Diktatur der DDR.

Ich kann nur allen Kolleginnen und Kollegen empfehlen – die Ausstellung ist bis Ende März zu sehen –, diese Ausstellung zu besuchen. Ich kann bei dieser Gelegenheit Lehrerinnen oder Lehrer, wenn sie diese Debatte gerade verfolgen oder nachlesen, nur ermuntern, mit ihren Schülerinnen und Schülern diese Ausstellung zu besuchen. Sie ist nicht nur Kunst-, sondern auch Politikunterricht und lehrt sehr viel über die deutsche Geschichte.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)**

Ich finde: Nordrhein-Westfalen hat einen guten und richtigen Ansatz. Dieser Koalition und dieser Regierung ist die politische Bildung in Schule und anderswo sehr wichtig. Wir sollten alle gemeinsam daran mitwirken, diese demokratische Tradition zu stärken und für Schülerinnen und Schüler immer wieder neu erlebbar zu machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Jostmeier das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Werner Jostmeier (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei uns im Landtag von Nordrhein-Westfalen gab es Zeiten, in denen man bei bestimmten Themen Konsens zwischen allen im Landtag vertretenen Parteien hatte. Das waren in der Vergangenheit vier Parteien.

Ich darf ein Beispiel nennen: Im August 2008 haben wir mit allen vier Parteien einen gemeinsamen Antrag mit dem Titel „Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen keine Chance geben!“ verabschiedet. Wenn Sie das nachlesen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Rot-Grün:

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Wenn, dann heißt das Rot-Grün-Rot!)

Drucksache 14/5832.

(Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann)

– Frau Löhrmann, so ein Totschlagargument passt einfach nicht in diese Debatte.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Wir haben am 10. Dezember 2009 im Hauptausschuss unter Tagesordnungspunkt 5 den Bericht zur Prävention des Extremismus behandelt. Wir haben – ich darf mit Genehmigung der Frau Präsidentin aus dem Protokoll zitieren – uns beide, Frau Löhrmann, damals durchaus bei der Wortmeldung unterstützt. Sie haben gefragt, wie es kommen könne, dass ein signifikanter Anstieg von 67 % bei antisemitischen Straftaten zu registrieren sei. Ich habe eine ähnliche Frage gestellt: Wie kommt es, dass die Gewalttaten gegen Polizistinnen und Polizisten um mehr als 50 % gestiegen sind? Bei der Diskussion, die wir dann zu den Ursachen geführt haben, waren unsere Positionen sehr deckungsgleich.

Vor diesem Hintergrund, Herr Kollege Ott, frage ich Sie: Wer hat Ihnen nur diese Rede aufgeschrieben?

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Das frage ich mich auch!)

Sie war völlig neben der Sache, völlig neben dem, was uns gemeinsam verbindet, und völlig neben den Zielen, die wir gemeinsam verfolgen können.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich darf um Nachsicht bitten.

(Jochen Ott [SPD]: Sie fühlen sich getroffen!)

Die Wortwahl war daneben. Und auch von der Sache und von der Argumentation her war sie daneben.

(Jochen Ott [SPD]: Ihre eigene Geschichte ist Ihnen unangenehm! Das ist schon klar! – Gegenruf von Stefan Wiedon [CDU])

Sie mögen mit dem Argument Recht haben: Allein die Idee des Faschismus war ein Verbrechen. – Jawohl, da stimme ich Ihnen zu.

Dann sagen Sie: Die Idee des Kommunismus war gut, aber das Ergebnis war schlecht.

(Britta Altenkamp [SPD]: Nein, das hat er nicht gesagt! – Jochen Ott [SPD]: Das ist unerhört!)

Die Millionen Menschen, die in den Stalin'schen Gulag-Lagern umgekommen sind, sind unter dem Rubrum des Kommunismus genauso menschenunwürdig behandelt worden.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Sie haben es immer noch nicht verstanden! Das ist Ihr Problem! – Weitere Zurufe)

Wieso kommen Sie mit so einem Quatsch? Wieso kommen Sie mit so einem Unsinn?

(Jochen Ott [SPD]: Sie haben es immer noch nicht verstanden! Sie sollten in den Geschichts- oder Philosophieunterricht gehen! – Weitere Zurufe)

Vor diesem Hintergrund, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit verteidigt und gelebt werden. Der Demokratieverzögerung kommt in den Schulen dabei eine zentrale Verantwortung zu.

(Gunhild Böth [LINKE]: Genau!)

Ich finde den Text, den die Kollegen der FDP vorgelegt haben, gut und richtig.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Sehen Sie, das unterscheidet uns! – Jochen Ott [SPD]: Das unterscheidet uns eben!)

Ich würde sogar sagen: Wenn sich viele von uns diesen Text von Jahr zur Jahr durchlesen und die entsprechenden Folgerungen daraus ziehen würden, welche Gemeinsamkeiten wir haben, wären wir, meine ich, ein ganzes Stück weiter.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Jostmeier, die Frau Abgeordnete Beer möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie sie zu?

**Werner Jostmeier (CDU):** Gern, aber natürlich.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte schön.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Ich bedanke mich, sehr geehrter Kollege. – Sie betonten gerade die Gemeinsamkeiten. Sind Sie dann auch bereit, wenn Sie sich die Rede von Herrn Ott im Protokoll durchlesen, das zurückzunehmen, was Sie gerade gesagt haben, und ihre Aussagen zu korrigieren, weil das eine völlig Fehlinterpretation war? Ich nehme an, dass Sie das falsch gehört haben. Denn das würde der Gemeinsamkeit einen deutlichen Auftrieb geben.

Wären Sie bereit, das zuzugestehen, wenn Sie das lesen, auf Herrn Ott zuzugehen und Ihre Äußerung zurückzunehmen?

**Werner Jostmeier (CDU):** Ich bin gern bereit, mir das Protokoll durchzulesen und mit Herrn Kollegen Ott eine Tasse Kaffee zu trinken, während wir über seine Ausführungen sprechen. Das können wir gern machen.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Dann werden wir das tun! – Weitere Zurufe)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Jostmeier, es gibt eine weitere Zwischenfrage, und zwar von der Abgeordneten Conrads. Wollen Sie sie zulassen?

**Werner Jostmeier (CDU):** Bitte, natürlich.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte sehr, Frau Conrads.

**Anna Conrads (LINKE):** Vielen Dank. – Herr Jostmeier, sehen Sie innerhalb des Konzeptes der Aufklärung an Schulen im Geschichtsunterricht die Möglichkeit, intensiver über verschiedene revisionistische Tendenzen aufzuklären, die immer noch von Teilen der Vertriebenenverbände bzw. von einigen Funktionären vertreten werden und die von vielen äußerst kritisch gesehen werden?

**Werner Jostmeier (CDU):** Das ist Ihre Sichtweise, und „revisionistische Tendenzen“ ist Ihre Formulierung der Dinge. Wenn es in Deutschland irgendeine Organisation und Vereinigung nach 1945 gegeben hat – ich erinnere an den gemeinsamen Text der deutschen und polnischen Bischöfe; ich meine, es sei 1946 gewesen –, die in beispielhafter Weise zu Friedens- und Versöhnungsgesprächen geladen haben,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die Frage war: Bund der Vertriebenen!)

und wenn Sie wüssten, welche Friedensarbeit gerade die Vertriebenenverbände geleistet haben und leisten, würden Sie den Begriff „revisionistische Tendenzen“ in diesem Zusammenhang nicht gebrauchen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von Rüdiger Sagel [LINKE] – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Ich wollte mich noch bei Frau Löhrmann, der Schulministerin, bedanken, weil ihr Hinweis auf die Lehrpläne in wohlthuend sachlichem Gegensatz zu dem gestanden hat, was Frau Böth hier dargestellt hat.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Ich wollte gar nicht auf Frau Kollegin Böth eingehen. Es mag sein, dass sie in der Schulpraxis mehr Erfahrung hat als ich. Aber wie kann man das, was bei uns in den Schulen läuft, so herunterzumachen!

(Gunhild Böth [LINKE]: Sie haben auch nicht zugehört! Das Gegenteil habe ich gemeint!)

Es ist dankenswerter dargestellt worden – ich darf Frau Löhrmann zitieren –: In Nordrhein-Westfalen läuft es mit einem guten Ansatz. – Ich habe es nicht mehr wörtlich im Kopf. Sie haben die Lehrpläne dargestellt und darauf hingewiesen dass das, was in den nordrhein-westfälischen Schulen in den Lehrplänen gemacht wird, korrigiert worden ist und gut läuft. Das kann nicht erst seit Oktober vergangenen Jahres gut laufen, sondern es muss auch schon in der Zeit davor gut gelaufen sein.

Das andere will ich unter Hinweis auf Gauck mal weglassen. Lesen Sie, Frau Böth, bitte mal das letzte Buch von Herrn Gauck, den Sie ja auch als Präsidentschaftskandidaten hatten!

(Gunhild Böth [LINKE]: Ich hatte den nicht als Präsidentschaftskandidaten!)

Wir hatten ihn als Vortragenden in der WGZ-Bank. Wenn Sie das Buch gelesen hätten, wüssten Sie, dass vieles von dem, was Sie hier dargestellt haben, an der Wirklichkeit vorbeigeht.

Meine Damen und Herren, ich möchte die Zeit, die ich habe, nutzen und mit folgenden Hinweisen schließen:

Ich finde den vorliegenden Text der FDP – ich wiederhole das –, gut und richtig.

(Gunhild Böth [LINKE]: Das haben Sie schon gesagt!)

Wir sollten uns über diese Ziele ständig neu verständigen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Zu Defiziten in den Lehrplänen: Ich habe mir, Frau Löhrmann, in den letzten Wochen die Mühe gemacht, danach zu suchen, wo Europa in den Lehrplänen der Schulen stattfindet. Das ist bitter wenig. Auch da müssen wir ran.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wer war denn in den letzten fünf Jahren Schulministerin? Das war doch Ihre Frau Sommer!)

Wenn es Handlungsbedarf geben sollte, um den Geschichtsunterricht in diesem Punkt zu korrigieren, haben Sie uns an Ihrer Seite.

Auf welche Art und Weise werden denn junge Menschen für diese extremistischen Ideen rekrutiert? Sie haben keine Perspektive, werden nicht wertgeschätzt und gehen dann Rattenfängern auf den Leim. Die Schule ist der Ort, an dem man dem am wirksamsten und effizientesten entgegenwirken kann. Das macht der FDP-Text deutlich. Ich bin dafür dankbar.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das sind doch selber Extremisten!)

Meine Damen und Herren, es ist nicht nur Sache der Schule, sondern wir müssen auch über den

Schulbereich hinaus darüber nachdenken, was wir ...

(Jochen Ott [SPD]: Jetzt wird es spannend!)

– Warten Sie ab, Herr Kollege Ott! Ja, es ist nicht nur Sache der Schule.

(Zuruf von der CDU: Diese Schreierei!)

– Der eine macht es halt so, und der andere macht es nur durch Schreien und Brüllen.

Am 1. Juli 2009 haben wir den Bürgerfunk durch den TV.Lernsender.NRW ersetzt. Was dort von den Kollegen des Bürgerfunks – unter anderem macht das Herr Dr. Steinbrecher, den Sie aus der Sportschau kennen, mit seinem Institut; er hat seine Arbeit im Hauptausschuss vorgestellt – konkret an Bildungsarbeit für Kinder getan wird, auch unter Hinweis auf die Gefahren des Extremismus von links und von rechts, ist beachtens- und unterstützenswert. Das sollten wir weiterhin unterstützen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die Extremisten sind bei Ihnen da drüben! Da sitzen Sie: die FDP!)

Ich habe einen weiteren Punkt: Fortbildung und Handreichung für Lehrerinnen. Wir haben die Comics ANDI 1 und ANDI 2. Darin sind Bausteine enthalten – vielleicht können Sie das bestätigen, Frau Böth; vielleicht haben Sie doch keine Ahnung –: die freiheitlich-demokratische Grundordnung, Grundprinzipien des Rechtsstaats. – Ist das alles schlecht? Wir haben in diesem Comic die Bausteine,

(Gunhild Böth [LINKE]: Sie haben mir nicht zugehört!)

um sich über die Probleme des Zusammenlebens von Menschen mit unterschiedlichem religiösen und kulturellen Hintergrund zu orientieren. Ist das alles nichts? Ist das alles so total schlecht, wie Sie es dargestellt haben?

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist eine unterirdische Rede, die Sie da halten!)

Ich will noch einen Punkt nennen, wo man diese Erziehung verstärken könnte: in den vorhandenen Europa-Schulen. Die leisten gute Arbeit, und das sind Schulen, die wir in den vergangenen Jahren im Konsens sehr gestärkt haben und zahlenmäßig noch ausbauen wollen.

Zum Schluss noch ein Hinweis: Wir sollten mal daran denken, was zur Bekämpfung von Extremismus von links und rechts getan wird, von den vielen Hunderttausend Menschen, die sich in den Sportvereinen, ...

(Zurufe von Rüdiger Sagel [LINKE])

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Sagel!

**Werner Jostmeier** (CDU): ... in den Fußballvereinen mit diesen jungen Menschen befassen, die teilweise keine Perspektiven haben, und Integrationsarbeit betreiben, für die wir nur dankbar sein können und die in vielen Fällen sehr viel wirksamer und hilfreicher ist als viele Lehrpläne

(Beifall von der CDU und von der FDP)

oder viele Texte, die man dazu verfasst. – Ich bedanke mich.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Ralf Michalowsky [LINKE]: Das war eine glatte Sechs, Herr Jostmeier!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Jostmeier. – Ich darf aus aktuellem Anlass noch einmal darauf hinweisen, dass wir auch zu einer späteren Stunde hier in diesem Hause eine gewisse Grundform der parlamentarischen Auseinandersetzung nicht verlassen sollten.

(Beifall von Rüdiger Sagel [LINKE])

– Damit sind Applaudierende durchaus mit angesprochen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Kollege Prof. Dr. Bovermann das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Prof. Dr. Rainer Bovermann** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss. – Dieser Satz des Soziologen und Philosophen Oskar Negt enthält mehr Substanz als der gesamte vorliegende Antrag der FDP.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, der Vertreter der Kritischen Theorie und Adorno-Schüler geht noch so gerade bei Ihnen durch und fällt nicht als Verfechter einer linken Utopie unter das Verdikt Ihres Antrages. Ich werde auf das Zitat noch zurückkommen.

Zunächst möchte ich aber darauf hinweisen – und da schließe ich an das an, was Kollege Jostmeier gesagt hat –, dass es in diesem Haus tatsächlich lange Zeit einen Konsens der Demokraten zur Bekämpfung von Extremismus gegeben hat. Und Sie haben ja das gemeinsame Vorgehen bei dem Antrag aller Parteien erwähnt, Herr Kollege Jostmeier. Nach meinen Aufzeichnungen war es im Dezember 2007. Aber leider ist dann im November 2008 versucht worden, genau dieses Thema für parteipolitische Zwecke in Anspruch zu nehmen. Seitens der bürgerlichen Parteien ist versucht worden, bestimmte Positionierungen von SPD und Grünen zu erreichen. Damals war es der Vizepräsident Edgar Moron, der auf sehr eindrucksvolle Weise hier an dieser Stelle diese Vorwürfe zurückgewiesen hat.

Auch der vorliegende Antrag zielt eben nicht in erster Linie auf eine Stärkung der politischen Bildung, sondern man kann ihn der gerade beschriebenen Strategie zuordnen.

Der Antrag enthält erstens viel Selbstverständliches und wenig Neues. Landesverfassung, Schulgesetz und Lehrpläne legitimieren die Erziehung zur Demokratie. Umgekehrt ist die Abwehr extremistischer Denkweisen ebenfalls ausreichend verankert und wird von keiner Partei bestritten. Beispielsweise sehen die Rahmenvorgaben für politische Bildung im Problemfeld „Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie“ „Ursachen und Abwehr von politischem Extremismus und Fremdenfeindlichkeit“ als zentralen Inhaltspunkt vor.

Bedenklicher, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist zweitens die unterschiedliche Gewichtung von Links- und Rechtsextremismus im FDP-Antrag.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Umfang und Wortwahl zeigen, dass der Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Linksextremismus gelegt wurde. Formulierungen wie die „neuen Anhänger vermeintlicher linker Utopien“ oder „linke Gruppierungen als Unterstützer des sogenannten Bildungsstreiks“ deuten an, wer gemeint ist. Als Begründung für diese Schwerpunktsetzung dient der angebliche Befund, dass das Wissen über den DDR-Unrechtsstaat „oftmals nur unzureichend vorhanden“ sei,

(Ralf Witzel [FDP]: Ja, ist doch klar!)

während Kenntnisse über die Geschichte des Nationalsozialismus, Herr Witzel, „oftmals erkennbar“ seien. Zudem werden nur beim Linksextremismus die aktuellen Gruppierungen erwähnt, während im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus dessen Nachfolger nicht erwähnt werden.

Drittens greift Ihr Antrag zu kurz, indem er die politische Bildung auf den Bereich der Schule begrenzt. Wie der kürzlich vorgelegte Bericht der Landesregierung über Maßnahmen zur Prävention des Extremismus in NRW deutlich macht, gibt es eine Fülle von Ansätzen, Initiativen und Maßnahmen, gerade im außerschulischen Bereich der Jugendarbeit, des Sports und im breiten Aufgabengebiet der Landeszentrale für politische Bildung.

Schließlich – und das ist der vierte Punkt – beruht Ihr Antrag auf einem überholten Verständnis von Politischer Bildung. Ich bin der Kollegin Böth sehr dankbar, dass sie das auch deutlich gemacht hat. In der Phase der Re-Education und anschließend der Phase des Kalten Krieges war die Staatsbürgerkunde noch von der Vorstellung vom Lernenden als dem Objekt der Belehrung geprägt. Heute steht die eigenständige Auseinandersetzung mit dem Wirklichkeitsbereich der Politik im Vordergrund. Und wir

wollen gerade die Entwicklung zum mündigen Bürger in den Mittelpunkt stellen.

Ich erwähne in diesem Zusammenhang auch nochmal den Beutelsbacher Konsens – mit dem Überwältigungsverbot, dem Kontroversitätsgebot und der Berücksichtigung der Interessenlage der Schülerinnen und Schüler. In der Beschlussfassung zu Ihrem Antrag heißt es beispielsweise, es sei Aufgabe der Schule zu vermitteln, ob und wie sich demokratische Parteien von Extremisten abgrenzen. – Ihnen geht es ganz offensichtlich weniger um eigenständige Urteilsbildung als um parteipolitische Vereinnahmung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich wichtig ist eine Stärkung der politischen Bildung. Das heißt: ein kontinuierlicher Politikunterricht in der Sekundarstufe I, die Möglichkeiten zur Schwerpunktsetzung in der Oberstufe und im Abitur, ein Ende des fachfremden Unterrichts und eine gute fachwissenschaftliche sowie fachdidaktische Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Und wir brauchen eine Schulkultur, welche die Entwicklung partizipatorischer Kompetenzen fördert, Stichwort „Drittelparität“.

Wie sagte doch Oskar Negt: „Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss.“ Gelernt wird Demokratie, indem sie gelebt wird. Geschieht dies überzeugend, hat Extremismus keine Chance.

Ich freue mich auf eine interessante Fachdiskussion in den Ausschüssen. Vielleicht schicken Sie ja Herrn Dr. Papke vorbei, der ja nicht nur so wie ich Politikwissenschaft in Bochum studiert hat, sondern auch ein profunder Kenner der wechselvollen Geschichte der FDP in Nordrhein-Westfalen ist. Ich freue mich dann, wie gesagt, auf eine anregende Fachdiskussion. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Bovermann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Abgeordnete Frau Paul das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Josefine Paul (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Politische Bildung stand auf der Tagesordnung, herausgekommen ist eine verengte Extremismusdebatte. Das ist schade, denn es wird der Wichtigkeit dieses Themas der politischen Bildung eigentlich nicht gerecht.

Geschichtsbewusstsein, Geschichtsverständnis und politische Bildung sind elementare Bestandteile, um junge Menschen auf ihrem Entwicklungsweg zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu unterstützen. Zu einem umfassenden Geschichtsverständnis gehören nicht nur der Nationalsozialismus und die

DDR, sondern auch die Beschäftigung mit dem deutschen Militarismus, der die Welt in den ersten Weltkrieg gestürzt hat und auch Nährboden für die Ideologie des Nationalsozialismus war.

(Werner Jostmeier [CDU]: Das ist Quatsch!)

Dazu gehört auch, über Weimar und die Bundesrepublik zu sprechen, also Erfahrungen deutscher Demokratie. Politische Bildung ist im Übrigen nicht nur Geschichtsvermittlung und nicht nur Rekurs auf schlechte Erfahrungen der deutschen Geschichte und auf schlechte Erfahrung mit Demokratie, die von Extremismus unterminiert wird und vielleicht nicht funktioniert.

Politische Bildung muss unsere Gesellschaft ganzheitlich in den Blick nehmen, nicht nur die Ränder. Denn es geht nicht nur um die Abwehr von extremistischen Tendenzen. Es geht doch vor allem um die positive Vermittlung von Teilhabe, von Demokratie, von der Verantwortung, die wir alle für das Gelingen von Gesellschaft und Demokratie haben.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Politische Bildung muss die Gesellschaft, in der wir leben, in den Blick nehmen, und dabei nicht nur das Gestern, sondern gerade und vor allem auch das Heute. Es muss junge Menschen für Politik begeistern. Das ist die zentrale Aufgabe politischer Bildung.

Meine Damen und Herren, Vorurteile sind die Basis für Rassismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie, Sexismus und alle anderen Formen von Diskriminierung. Diese abzubauen, ist ein zentraler Bestandteil politischer Bildung und eine wirksame Prävention gegen Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und ein ganz wichtiger Beitrag zur Demokratieerziehung. Davon finde ich leider in Ihrem Antrag gar nichts.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Dazu darf Politikunterricht an Schulen auch nicht zugunsten von Wirtschaft zurückgefahren bzw. umgestaltet werden. Demokratieerziehung lässt sich auch nicht alleine durch den Geschichtsunterricht bewerkstelligen.

Durch Ihren Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, lässt sich politische Bildung, wie groß angekündigt wird, nicht im Sinne einer Erziehung zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern aufwerten. Da lässt sich nichts stärken. Denn im Kern bezieht sich Ihr Antrag leider überhaupt nicht auf eine ganzheitliche politische Bildung.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Als nächster Redner hat für

die Fraktion der FDP der Abgeordnete Witzel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Witzel.

**Ralf Witzel** (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind ausdrücklich der Auffassung, dass politische Bildung für alle Gesellschaftsteile von großer Bedeutung ist. Es soll aber eben sehr wohl die Bildung junger Menschen, der außerschulischen wie der schulischen, im Fokus stehen.

Da, wo wir als Landtag eine ganz besondere Verantwortung haben, ist natürlich der schulische Bereich auch angesprochen. Uns ist allen bekannt, dass es querbeet und landesweit viel zu viele junge Menschen gibt, deren politische Kenntnisse defizitär sind, ebenso deren historisches Verständnis, denen zu wenig über die Gräueltaten des Nationalsozialismus bekannt ist, die aber auch zu wenig über Menschenrechtsverletzungen durch Stasi, Schießbefehl und das Unrechtsregime der DDR wissen.

Deshalb sagen wir als liberale Demokraten in der Mitte der Gesellschaft, dass wir entschieden einschreiten müssen gegen jede Form von Terror, von Gewalt, von Menschenrechtsverletzungen, von Verfolgungen und Unterdrückung,

(Beifall von der FDP und von der CDU)

denn all das ist inhuman.

(Britta Altenkamp [SPD]: Allgemeinplätze!)

– Man darf eben nicht, Frau Altenkamp, auf dem einen Auge blind sein und auf dem anderen nicht. Es ist eine ganzheitliche Aufgabe, jede Form, die hier die freiheitlich demokratische Grundordnung bedroht, in den Blick zu nehmen und dagegen anzukämpfen, entsprechende Aufklärungsarbeit zu betreiben, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verteidigen gegen alle, die sie aus ganz unterschiedlichen Ecken angreifen wollen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich sehe gerade Herrn Ott nicht, er ist nicht an seinem Platz.

(Zuruf von der FDP: Er steht in der Tür!)

– Er steht in der Tür und ist gerade auf dem Absprung. – Mich hat das wirklich schockiert. Wenn ich richtig informiert bin – bitte verbessern Sie mich da –, sind Sie Lehrer. Ich meine, Sie waren, bis Sie hier in den Landtag eingezogen sind, in der Jugendschulbildung in einer Gesamtschule in Köln tätig. Wenn das, was Sie vorgetragen haben, das Niveau der Auseinandersetzung bei dem Thema politische Bildung, Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung,

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Umgang mit den Gräueltaten des Nationalsozialismus, aber auch der Diktatur der DDR ist, dann bin ich wirklich schockiert.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Herr Ott, ich sage das ganz freundschaftlich, Sie sind ja sonst ein netter Kerl: Wir haben hier im Landtag einen Antrag, bei dem wir ausdrücklich als Wertekonsens einen Text vorlegen, in dem steht: Der Landtag von Nordrhein-Westfalen soll ein gemeinsames Signal setzen, dass gleichsam Rechts- und Linksextremismus eine Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat darstellen, dass Nationalsozialismus und Faschismus verbrecherische Ideologien sind, die eine demokratische Gesellschaft mit aufklärerischen und rechtsstaatlichen Mitteln konsequent bekämpfen muss und dass drittens die DDR eine Diktatur gewesen ist,

(Gunhild Böth [LINKE]: Das stand sogar in der Verfassung!)

die nicht als legitimer Versuch für die Umsetzung utopistischer ideologischer Ziele zu bewerten ist, und sich als Staatsregime systematischer Menschenrechtsverletzung schuldig gemacht hat.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Wenn Sie als Sozialdemokrat bei dem, was Sie völlig zu Recht historisch auch hier an eigener Parteigeschichte vorgetragen haben, diese drei Feststellungen gerade als Standortbestimmungen im gemeinsamen Kampf gegen Extremismus nicht mittragen können, dann bin ich wirklich enttäuscht

(Beifall von der FDP und von der CDU)

und sehe umso mehr die Notwendigkeit einer fortgesetzten Debatte über politische Bildung in diesem Land.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Witzel, es gibt auch noch zwei Zwischenfragen der Kollegen Michalowsky und Zimmermann. Sie wollen die offensichtlich beantworten.

(Zuruf von der LINKEN: Nicht Herr Zimmermann, sondern Frau Böth!)

– Entschuldigung, das ist, wenn man nicht an seinem Platz sitzt, aber die Kollegen kennen sich ja selber damit aus. – Dann hat zunächst Herr Kollege Michalowsky das Wort. Bitte sehr.

**Ralf Michalowsky** (LINKE): Herr Witzel, in der Stadt Essen, aus der Sie kommen, tobt ja im Moment ein kleiner Disput bezüglich des Herrn Achenbach, der Mitglied Ihrer Partei ist oder war und der in Paris dafür mitverantwortlich war, dass Juden ins KZ deportiert wurden.

Auf der Webseite der Friedrich-Naumann-Stiftung Ihrer Partei wird dieser Tatbestand beschrieben. Sie haben aber in der Presse in „Der Westen“ vor einigen Tagen gesagt: Die Vorwürfe sind historisch

nicht haltbar. – Ist das Ihre Vorstellung von Geschichte?

**Ralf Witzel** (FDP): Herr Michalowsky, ich bin der festen Auffassung, dass alle Parteien sich ihrer Geschichte stellen müssen,

(Beifall von der LINKEN – Ralf Michalowsky [LINKE]: Gut!)

dass Historiker das sachkundig aufzuarbeiten und zu bewerten haben, was sie auch als Fachleute entsprechend nur bewerten können. Genau das sehe ich in der Verantwortung einer jeden Partei.

Genauso richtig ist aber auch, dass unzutreffende Behauptungen, die Personen und Institutionen diskreditieren und die sich als nicht wahrheitsgemäß herausstellen, von Demokraten genauso zurückzuweisen sind. Das ist die zweite Seite der Medaille.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, ich habe jetzt noch eine Zwischenfrage der Abgeordneten Böth. Bitte sehr, Frau Kollegin.

**Gunhild Böth** (LINKE): Danke, Frau Präsidentin. – Herr Witzel, ist Ihnen die Verfassung der DDR bekannt? Ich unterstelle, dass sie das nicht ist, weil Sie immer und immer wieder einklagen, alle müssten sagen, dass die DDR eine Diktatur gewesen sei. Es stand ja in der Verfassung der DDR, dass die DDR eine Diktatur ist.

**Ralf Witzel** (FDP): Frau Kollegin Böth, ich glaube, dass man jedes Regime vor dem Hintergrund seiner Taten und seines staatlichen Handelns bewerten muss, nicht nur nach den Buchstaben, die auf einem Papier stehen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Schauen Sie sich an, welche Menschenrechtsverletzungen es in der Geschichte der DDR gegeben hat: Dort sind Menschen bis in ihren persönlichsten Bereich von der Stasi beschnüffelt und bespitzelt worden. Zeugen belegen, was mit Menschen in Zwickau, Bautzen und anderen Einrichtungen geschehen ist. Ich glaube, dass es sehr wohl zutreffend ist, von einer Diktatur zu sprechen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Das ist doch völlig unstrittig!)

Das ist ein Teil deutscher Geschichte, der bewusst gehalten werden muss und aufarbeitungsbedürftig ist. Man muss die Erkenntnisse und Erfahrungen mit diesem System bei jungen Menschen wachhalten. Genauso habe ich vorher viele Ausführungen zu den Gräueltaten des Nationalsozialismus und des Faschismus gemacht, die auch entsprechend zu beleuchten sind.

(Gunhild Böth [LINKE]: Die kann man nur nicht gleichsetzen!)

In dem Facettenreichtum gibt es verschiedene Ankerpunkte deutscher Geschichte. Alle müssen mit sachgerechter historischer Würdigung betrachtet werden. Das ist meine Auffassung.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Witzel. – Für die Fraktion Die Linke hat nun Frau Abgeordnete Beuermann das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

**Bärbel Beuermann** (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen der FDP, ich möchte mit etwas Positivem anfangen. Beim ersten Absatz unter „Ausgangslage“ in Ihrem Antrag sind wir vollkommen bei Ihnen. Das haben Sie richtig analysiert.

Dieser Absatz schreit förmlich danach, dass das, was wir Linke fordern, endlich im Landtag umgesetzt wird, und zwar umfassend ohne Schnick und Schnack, nämlich die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ehemaliger Landtagsabgeordneter in NRW. Die Ergebnisse dieser Aufarbeitung müssen der Öffentlichkeit zeitnah bekannt gemacht werden. Ich denke, Sie gehen darin mit mir konform und werden diesen Antrag mit uns gemeinsam tragen, wenn Sie sich so für demokratische Informationen gerade im Bildungsbereich einsetzen.

Ich sehe bei Ihnen keine Ablehnung, sondern werte das als Zustimmung für unseren Antrag und bin gespannt, wie Sie sich verhalten werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beuermann. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, der uns empfiehlt, den **Antrag Drucksache 15/856** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend – sowie an den **Haupt- und Medienausschuss zu überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es hierzu die Zustimmung des Hauses? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist mit Zustimmung aller Fraktionen so überwiesen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung.